WERTSCHÄTZUNG
STÄRKUNG
ENTLASTUNG

MITTELSTANDSSTRATEGIE
### Inhalt

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kapitel</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Vorwort</td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausgangslage</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>I. Rahmenbedingungen verbessern</strong></td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>1. Steuerstandort Deutschland stärken</td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>Umfassende Unternehmensteuerreform</td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>Steuermonitoring</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Sozialabgaben deckeln, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung senken</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtsozialversicherungsbericht</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Bürokratieabbau vorantreiben</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Drittes Bürokratieentlastungsgesetz</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Weitere Bürokratieentlastungen</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>A1-Bescheinigung</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Verhältnismäßige Offenlegungspflichten, kein Unternehmensstrafrecht</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Onlinezugangsgesetz (OZG)</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Zügigere Planungs- und Genehmigungsverfahren</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittelstandsbelange auf EU-Ebene</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>4. Arbeitsmarkt flexibilisieren</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Minijob-Grenze</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitszeitgesetz</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Auftraggeberhaftung</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Keine Einschränkungen von befristeten Beschäftigungen</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitnehmerüberlassung</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>5. Leistungsfähige Infrastrukturen aus- und aufbauen</td>
<td>13</td>
</tr>
<tr>
<td>Verkehrswege</td>
<td>13</td>
</tr>
<tr>
<td>Breitband und Mobilfunk</td>
<td>13</td>
</tr>
<tr>
<td>Dateninfrastruktur</td>
<td>13</td>
</tr>
<tr>
<td>6. Energie- und Klimapolitik</td>
<td>13</td>
</tr>
<tr>
<td>CO₂-Bepreisung</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>Senkung der Stromkosten durch Senkung der EEG-Umlage</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>Förderung des Umstiegs auf elektromobile Pkw – Verlängerung der Dienstwagenregelung</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>CO₂-arme Lkw in den Verkehr bringen</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>Energetische Gebäudesanierung</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>7. Mittelstandsfinanzen</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>Beibehaltung des KMU-Faktors bei Basel IV</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>Weiterentwicklung und Stärkung von Finanzierungsinstrumenten</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>„Klima-Offensive Mittelstand“ der KfW</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>Verbesserung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen bei Wagniskapital</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>8. Unternehmertum stärken</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>Gründungsoffensive</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>Zugang zu öffentlichen Aufträgen</td>
<td>16</td>
</tr>
</tbody>
</table>
II. Fachkräfte gewinnen, ausbilden und qualifizieren 17
   Fachkräfeinwanderungsgesetz 17
   Aktive Fachkräfegewinnung 17
   Modernisierung der Aus- und Fortbildungsordnungen 18
   Stärkung der Meisterpflicht 18
   Flexible Rente 18
   Mitarbeiterkapitalbeteiligungen 18

III. Mittelstand bei Innovation und Digitalisierung unterstützen 19
   Transferinitiative 19
   Agentur für Sprunginnovationen 20
   Steuerliche Forschungsförderung 20
   Mittelstand 4.0-Kompetenzcentren 20
   „Digitalagentur“ 20
   IT-Sicherheit 21
   Investitionszuschussprogramm 21
   KI-Technologien 21
   Datenökonomie und Wettbewerbsrahmen 21
   Qualitätsinfrastruktur, Normen und Standards 22
   ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit 22
   Reallabore-Initiative 22

IV. Mittelstand in den Regionen unterstützen 23
   Gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen 23
   Breitband und Mobilfunk in der Fläche 23
   Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen 23

V. Neue Märkte im In- und Ausland erschließen 25
   Industriestrategie in Deutschland und Europa 25
   Gleiche Wettbewerbsbedingungen 25
   Außenwirtschaftsförderung 26
   Wirtschaftsnetzwerke 26

VI. Staatssekretärsausschuss Mittelstand 27
Vorwort

Der Mittelstand in Deutschland ist so stark wie nie zuvor. Er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und eine wesentliche Stütze unserer Gesellschaft. Dennoch hat er zunehmend mit zahlreichen Hindernissen und Erschwerungen zu kämpfen: außenwirtschaftliche Entwicklungen, Fachkräftemangel, wachsende Bürokratie, hohe Abgaben- und Soziallast sowie Energiekosten.


Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie


men und Familienunternehmen nicht in Quartalen, sondern in Generationen denken. Sie sind damit Beispiel für gelebte Nachhaltigkeit.


Mit der Mittelstandsstrategie wollen wir die mittelständischen Unternehmen und Betriebe dabei unterstützen, die wirtschaftlichen Herausforderungen in einem sich verändernden Umfeld zu meistern und ihre starke Stellung im nationalen und internationalen Wettbewerb auch in den nächsten Jahren zu behaupten und auszubauen. Die Strategie soll dazu beitragen, dass der Mittelstand auch in konjunkturellen Schwächezonen robust und der Stützpfiler der Wirtschaft bleibt, der er immer war. Sie enthält Maßnahmen, die kurzfristig greifen, aber auch solche, die langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands sichern helfen. Dabei setzen wir vor allem auf klare, konsistente und stabile Rahmenbedingungen, ergänzt durch passende Förderung. Denn es ist eines der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, dass der Staat die Rahmenbedingungen setzt, in das Markteschehen aber möglichst wenig eingreift. Damit geben wir den Unternehmen Flexibilität, Freiheit und Sicherheit, damit sie für die Zukunft gut gerüstet sind und ihre innovative Kraft optimal entfalten können.


I. Rahmenbedingungen verbessern

Wir setzen uns dafür ein, dass der Mittelstand bei Steuern, Abgaben und Bürokratie entlastet wird. Zudem müssen wir arbeitsrechtliche Regelungen flexibler gestalten, leistungsfähige Infrastrukturen aufbauen sowie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Genauso wichtig ist die Schaffung eines investitions- und innovationsfreundlichen Umfelds, das Flexibilität ermöglicht, Forschung honoriert und die Digitalisierung in die Breite des Mittelstands trägt.

1. Steuerstandort Deutschland stärken


Umfassende Unternehmensteuerreform

Damit Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt, bedarf es einer umfassenden Unternehmensteuerreform, welche die steuerlichen Rahmenbedingungen insbesondere für den Mittelstand verbessert. Deshalb werden wir uns für eine Reform einsetzen, die u. a. nachfolgende Maßnahmen enthält.


Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere die Verbesserungen für Personenunternehmen zügig von der Koalition beschlossen und umgesetzt werden. Im Hinblick auf die angestrebte Deckelung der Steuerbelastung auf einbehaltene Unternehmensgewinne bei 25 Prozent werden wir mit allen Beteiligten unter Einbeziehung von Finanzwissenschaft, Parlament und Unternehmen die konkrete Ausgestaltung erörtern und festlegen.

**Steuermonitoring**

Um Entwicklungen der Unternehmensbesteuerung weltweit im Blick zu behalten und die Steuerstandortattraktivität Deutschlands im internationalen Vergleich besser einordnen zu können, wollen wir ein regelmäßiges Steuermonitoring einführen. Dieses Monitoring soll zugleich sicherstellen, dass auf Entwicklungen im Ausland, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Steuerstandorts Deutschland betreffen, rechtzeitig reagiert werden kann.

**2. Sozialabgaben deckeln, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung senken**


**Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent**

Wir machen uns für eine rechtlich verbindliche Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent stark. Im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern müssen die Sozialabgaben bei unter 40 Prozent stabilisiert werden. Hierzu werden wir uns dafür einsetzen, dass ein entsprechender Sozialabgabendeckel im Grundgesetz verankert wird.
Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung


Gesamtsozialversicherungsbericht

Um die Entwicklung des Gesamtbeitragssatzes zu beobachten und damit rechtzeitig auf ein drohendes Überschreiten reagieren zu können, soll als begleitende Maßnahme ein jährlicher Gesamtsozialversicherungsbericht – in Anlehnung an den Rentenversicherungsbericht – vorgesehen werden.

3. Bürokratieabbau vorantreiben

Mittelständische Unternehmen und Betriebe werden durch unnötige Bürokratie besonders stark belastet. Die Reduzierung von bürokratischen Lasten ist eine Daueraufgabe, die die gesamte Bundesregierung verpflichtet sein muss.

Drittes Bürokratieentlastungsgesetz


Kernstück des Regierungsentwurfs für ein Drittes Bürokratieentlastungsgesetz sind Erleichterungen bei der Archivierung von elektronisch gespeicherten Steuerunterlagen (fünf Jahre nach Systemwechsel oder Datenauslagerung muss künftig nur noch ein Datenträger mit den gespeicherten Steuerunterlagen vorgehalten werden), die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, digitale Alternativen zu den Meldeescheinen in Papierform im Hotelgewerbe und die vierteljährliche statt monatliche Umsatzsteuerpapier von 17.500 auf 22.000 Euro, die Anhebung der Arbeitslohn- und die Wegfall der Anmeldepflicht zur Unfallversicherung für Unternehmer, die eine Gewerbeanzeige erstattet haben.

Darüber hinaus enthält das Dritte Bürokratieentlastungsgesetz ein Maßnahmenbündel zur Entlastung sowohl der Wirtschaft als auch der Bürgerinnen und Bürger, u. a. die Anhebung der umsatzsteuerlichen Kleinunternehmensgrenze von 17.500 auf 22.000 Euro, die Anhebung der Arbeitslohn- und der Wegfall der Anmeldepflicht zur Unfallversicherung für Unternehmer, die eine Gewerbeanzeige erstattet haben.


Zentrale Anliegen der Wirtschaft sind weiterhin eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Handels- und Steuerrecht von zehn auf fünf Jahre, die Anhebung der Umsatzgrenze der Ist-Besteuerung von 500.000 auf 600.000 Euro im Umsatzsteuergesetz sowie eine weiter verabschiedete Maßnahme zur Vermeidung von entbehrlichen Funktionspflichten der digitalisierten Prozesse.

Auch Mindestlohndokumentationspflichten müssen entbürkatisiert und an die Realität angepasst werden. Hier werden wir uns für eine generelle Absenkung der Entgeltschwelle in der Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung von derzeit rund 2.900 auf 2.000 Euro brutto einsetzen.

Eine weitere wesentliche Maßnahme sollte dem Faktum gerecht werden, dass die Datenschutzgrundverordnung auf der Ebene der Mitgliedstaaten, insbesondere auch bei Erklärungspflichten zur Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer, um weitere Entlastungen im steuerlichen Bereich zu erwirken.

Viele Mittelständler hoffen über diese Maßnahmen hinaus auf Entlastungen von Bürokratie in ihrem Geschäftstät. Besonders belastend wirkt sich dabei der sog. Erfüllungsauf-

**A1-Bescheinigung**


Wir werden mit unseren europäischen Partnern und den betroffenen Ressorts zusammenarbeiten, um mit den wichtigsten Zieländern mittelstandsfreundliche Vereinbarungen zu schließen, die den Einsatz von Mitarbeitern im EU-Ausland erleichtern.

**Verhältnismäßige Offenlegungspflichten, kein Unternehmensstrafrecht**

Eine *nationale Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle*, die über die EU-Richtlinie zur Anzeigepflicht für internationale Steuergestaltungsmodelle hinausgeht, lehnen wir ab. Rein nationale Steuergestaltungen sind der Finanzverwaltung in der Regel bekannt, sodass eine Meldepflicht nur zusätzlichen Erfüllungsaufwand der Wirtschaft verursachen würde.


Ein *Unternehmensstrafrecht* ist für eine angemessene, verhältnismäßige Sanktionierung von Unternehmen weder geboten noch erforderlich und deshalb abzulehnen.

**Onlinezugangsgesetz (OZG)**


**Zügigere Planungs- und Genehmigungsverfahren**


Weitere, noch zu prüfende Beschleunigungsmöglichkeiten bestehen beispielsweise in einer schlankeren Vorhabenge- nehmigung, bei der das Raumordnungsverfahren in Einzelfällen in das Planfeststellungsverfahren integriert wird, einer Verkürzung des gerichtlichen Instanzenzugs in weiteren Einzelfällen durch Festlegung oberer Gerichte als Eingangsinstanz und einer Erleichterung des Wissenstransfers von Umweltdataen und Kartierungen bei Planfeststellungsverfahren.
Mittelstandsbelange auf EU-Ebene


4. Arbeitsmarkt flexibilisieren

Mittelständische Unternehmen müssen flexibel auf wechselnde Auftragslagen reagieren können. Damit die Betriebe ausreichend Spielräume haben, um Beschäftigung langfristig zu sichern, werden wir uns für flexiblere arbeitsrechtliche Regelungen einsetzen.

Minijob-Grenze

Wir setzen uns dafür ein, die Minijob-Grenze von 450 Euro im Monat zu dynamisieren, indem wir diese an die allgemeine Lohnentwicklung koppeln. Mit einer einmaligen Anhebung und anschließend jährlichen Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung möchten wir Arbeitsanreize stärken. Denn mit steigenden Löhnen wächst dann auch die Minijob-Grenze an, so dass die vereinbarte Arbeitszeit nicht reduziert werden muss, sondern konstant bleiben kann.

Arbeitszeitgesetz


Auftraggeberhaftung

Der Auftraggeber haftet aktuell nach dem Mindestlohngesetz verschuldenunabhängig für die Zahlung des Mindestlohns an die Beschäftigten seiner Auftragnehmer und über sämtliche Subunternehmenebenen. Die Beauftragung von Subunternehmen kann daher erhebliche Haftungsrisiken aus Mindestlohnanpräuchen für Vertragsverhältnisse mit sich bringen, die dem Einflussbereich des Auftraggebers entzogen sind. Um uns auf die Problemfälle konzentrieren zu können, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Auftraggeberhaftung beim Mindestlohn auf die erste Stufe des Nachunternehmers und missbrauchsanfällige Branchen begrenzt wird.

Keine Einschränkungen von befristeten Beschäftigungen


Arbeitnehmerüberlassung

Wir sehen die Digitalisierung als Chance für den Mittelstand in Deutschland und begrüßen neue Arbeitsmodelle wie die projektbezogene Tätigkeit im IT-, Beratungs- und For-


Wir wollen die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die großen Chancen digitaler Innovationen im Verkehrssektor optimal genutzt werden können. Daher unterstützen wir die Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur bei allen Verkehrsträgern.


Wir können mittelständische Unternehmen vertrauenswürdige und sichere Cloud-Lösungen sowie eine breite Datengrundlage angeboten werden.


Wir wollen die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die großen Chancen digitaler Innovationen im Verkehrssektor optimal genutzt werden können. Daher unterstützen wir die Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur bei allen Verkehrsträgern.


5. Leistungsfähige Infrastrukturen aus- und aufbauen

Die gesamte Wirtschaft benötigt zuverlässige und leistungsfähige Infrastrukturen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Verkehrswege


Wir wollen die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die großen Chancen digitaler Innovationen im Verkehrssektor optimal genutzt werden können. Daher unterstützen wir die Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur bei allen Verkehrsträgern.

Breitband und Mobilfunk


6. Energie- und Klimapolitik

Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist eine wesentliche Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren und für den Erhalt der internationalen Wettbe-


Im nEHS soll zunächst ein Festpreissystem eingeführt werden, bei dem Zertifikate auf der vorgelagerten Handelsebene an die Unternehmen verkauft werden, die Heiz- und Kraftstoffe in Verkehr bringen. Teilnehmer am nEHS sind die Inverkehrbringer oder Lieferanten der Heiz- und Kraftstoffe. Gleichzeitig wird eine Handelsplattform aufgebaut, die eine Auktionierung der Zertifikate und den Handel ermöglicht.

CO₂-Bepreisung

Mit Blick auf eine wirtschaftsfreundliche Lösung wurde ein moderater Einstiegspreis für CO₂-Emissionen von 10 Euro je t CO₂ im Jahr 2021 gewählt, der bis zum Jahr 2025 gestaffelt auf 35 Euro je t CO₂ ansteigt (2022: 20 Euro; 2023: 25 Euro; 2024: 30 Euro). Ab 2026 wird eine maximale Emissionsmenge festgelegt, die von Jahr zu Jahr geringer wird. 2026 beginnt die Auktionierung der Zertifikate. Sie erfolgt in einem Korridor zwischen einem Mindestpreis von 35 Euro je t CO₂ und einem Höchstpreis von 60 Euro je t CO₂.

Im Jahr 2025 wird festgelegt, inwieweit Mindest- und Höchstpreise für die Zeit ab 2027 sinnvoll und erforderlich sind. Die zeitliche Staffelung bei der CO₂-Bepreisung gibt Planungssicherheit und erlaubt insbesondere den mittelständischen Unternehmen einen geordneten Transformationsprozess.

**Senkung der Stromkosten durch Senkung der EEG-Umlage**

Zeitgleich mit dem Einstieg in die CO₂-Bepreisung werden Bürger und Wirtschaft beim Strompreis entlastet, indem die EEG-Umlage sowie gegebenenfalls andere staatlich induzierte Preisbestandteile (Netzentgelte, Umlagen und Abgaben) schrittweise aus den Bepreisungseinnahmen bezahlt werden.

Durch die Reduzierung der EEG-Umlage werden besonders Familien und kleine mittelständische Unternehmen entlastet. Steigen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, wird der Strompreis entlang des Bepreisungspfads weiter gesenkt. Damit werden auch Anreize für eine zunehmende Elektrifizierung gesetzt und die sektorübergreifende Energiewende vorangetrieben.

Die weiteren Maßnahmen aus dem Klimaschutzprogramm, die dazu führen könnten, dass Preisbestandteile des Stroms steigen, wird die Bundesregierung in einer Schrittfolge umsetzen, die sicherstellt, dass die Strompreissenkung erhalten bleibt. Die Strompreiskompensation im EU-Emissionshandel wird fortgeführt.

**Förderung des Umstiegs auf elektromobile Pkw – Verlängerung der Dienstwagenregelung**


**CO₂-arme Lkw in den Verkehr bringen**

Die Bundesregierung wird die Anschaffung von Lkw mit alternativen, klimaschonenden Antrieben einschließlich

**Energetische Gebäudesanierung**


Von den beschlossenen Fördermaßnahmen werden auch mittelständische Unternehmen – insbesondere das Handwerk – profitieren.

**7. Mittelstandsfinanzierung**


**Beibehaltung des KMU-Faktors bei Basel IV**

Um den Zugang mittelständischer Unternehmen zur Kreditfinanzierung auch mit der Umsetzung von „Basel IV“ zu erhalten, ist die Beibehaltung des KMU-Faktors, der durch eine risikoadäquate Eigenmittelunterlegung unter „Basel III“ einen erleichterten Kreditzugang für kleine und mittlere Unternehmen ermöglicht, von essentieller Bedeutung. Um eine restriktivere Vergabe von Krediten durch Banken zu vermeiden, werden wir uns auf nationaler und europäischer Ebene mit Nachdruck für die Beibehaltung des KMU-Faktors einsetzen.

**Weiterentwicklung und Stärkung von Finanzierungsinstrumenten**


„Klima-Offensive Mittelstand“ der KfW


Verbesserung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen bei Wagniskapital


Gründungsoffensive


Zugang zu öffentlichen Aufträgen

II. Fachkräfte gewinnen, ausbilden und qualifizieren


Fachkräfteinwanderungsgesetz


Aktive Fachkräftegewinnung


Darüber hinaus öffnen wir unser Markterschließungsprogramm für den Bereich der Fachkräftegewinnung aus dem Ausland. Hierbei ist es unser Ziel, einen niedrigschwelligen Prozess zur Fachkräfteinwanderung mit unmittelbarer Einbindung der Wirtschaft zu entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, ausländischen Fachkräften den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt durch eine stärkere Bündelung der Behördengänge (One-Stop-Shop) zu erleichtern.
Modernisierung der Aus- und Fortbildungsordnungen

Unser Ziel ist, das inländische Fachkräftepotenzial stärker auszuschöpfen, die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu steigern und deren Gleichwertigkeit mit der akademischen Bildung zu betonen.

Gemeinsam mit der Wirtschaft und unter Beteiligung der Sozialpartner passen wir die Ausbildungsordnungen in über 300 Berufen kontinuierlich an die Erfordernisse in den Betrieben an. Derzeit laufen die Modernisierungsverfahren u. a. für die 19 Berufe des Bauhauptgewerbes und für die vier Berufe des Elektrohandwerks. Gleiches gilt für die Modernisierung und den Neuerlass von Meisterprüfungsverordnungen und Fortbildungsordnungen.

Flexible Rente


Stärkung der Meisterpflicht

Damit das Handwerk im Hinblick auf seine Innovationsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Bedeutung für die duale Berufsbildung gestärkt wird, bereiten wir einen Gesetzentwurf vor, der für zwölf Berufe die Rückkehr zur Meisterpflicht vorsieht.


Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sind gerade für den Mittelstand ein wichtiges Instrument der Fachkräftegewinnung und ihrer Bindung an das Unternehmen. Deshalb treten wir für eine Stärkung der Rahmenbedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen ein. Dazu zählt insbesondere die längst überfällige Anpassung des Steuerfreibetrages. Wir überprüfen auch die Rahmenbedingungen für Start-up-Unternehmen, die besonders auf Mitarbeiterbeteiligungen als Instrument der Fachkräftegewinnung angewiesen sind.

Transferinitiative


Agentur für Sprunginnovationen


Steuerliche Forschungsförderung


Wir werden uns auch für eine mittelstandsfreundliche Lösung bei der Auftragsforschung einsetzen, damit der Auftraggeber seine entsprechenden Ausgaben geltend machen kann.

Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren


Zudem werden die Zentren künftig vermehrt die Fähigkeiten des Mittelstands stärken, sich besser zu vernetzen, um neue Technologien wie KI schneller und besser in Organisation, Produktion und Arbeitsgestaltung zu integrieren.

„Digitalagentur“

Um die Vernetzungs- und Digitalisierungsprozesse in allen Sektoren und Regionen voranzutreiben und auch den Breitbandausbau vor Ort zu beschleunigen, wollen wir Digitalkompetenzen auf Behördenseite bündeln („Digitalagentur“). Deutschland ist gefordert, seine digitale Kompetenz auf nationaler und internationaler Ebene institutionell zu stärken. Mit einer neuen Einrichtung für Digitalisierung und Vernetzung wollen wir eine „Kompetenz- und Serviceeinrichtung“ der Bundesregierung schaffen, die mit Blick fürs Ganze Digitalisierungsprozesse kontinuierlich analysiert und Lösungen identifiziert (Think Tank). Zudem soll diese Einrichtung die Aufgabe haben, Strategien mitzuentwickeln, Modellvorhaben zu unterstützen sowie mit einem umfassenden Anwender- und Nutzerdialog die gesellschaftliche Akzeptanz digitaler Dienste zu steigern.

**IT-Sicherheit**

IT-Sicherheit geht alle Unternehmen an. Die Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ fördert Projekte, die konkrete, praxisnahe und kostenfreie Unterstützungs-, Sensibilisierungs- und Qualifikationsangebote für kleine und mittlere Unternehmen erarbeiten.

Wir schaffen eine Transferstelle „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“. Sie bündelt vorhandene Unterstützungsangebote (z.B. Webseitenchecks, Handlungsleitfäden, Schulungs- und Lehrmaterialien), bereitet sie didaktisch, praxisnah und verständlich auf und erleichtert Unternehmen so das Auffinden der jeweils passenden Angebote. Zur Ergänzung des kostenfreien Angebots der Transferstelle fördern wir bedarfsgerecht Projekte, die für den Mittelstand weitere Unterstützungsleistungen zum sicheren Einsatz digitalisierter Prozesse und Geschäftsmodelle erarbeiten.

**Investitionszuschussprogramm**


Im Rahmen dieses Zuschussprogramms wird es auch eine zusätzliche Förderung für Investitionen in strukturschwachen Regionen geben.

**KI-Technologien**


Darüber hinaus werden die zwölf Hubs unserer Digital Hub Initiative seit September 2019 bei der Inanspruchnahme von KI-Beratungsleistungen in Form von Workshops oder sonstigen Informationsangeboten gefördert. Auf diese Weise sollen die Digital Hubs ebenso wie deren Start-ups bei der Anwendung von KI unterstützt werden.

**Datenökonomie und Wettbewerbsrahmen**


**Qualitätsinfrastruktur, Normen und Standards**

Wir werden unsere Qualitätsinfrastruktur stärken und mit Blick auf Innovationen sowie neue digitale Technologien und Prozesse weiterentwickeln, denn mittelständische Unternehmen profitieren von der Digitalisierung der Qualitätsinfrastruktur in besonderer Weise.


Um die Digitalisierung für den Mittelstand erschwinglich und nutzbar zu machen, ist ein breiter Einsatz von einheitlichen IKT-Standards erforderlich. Damit befördern wir vom Mittelstand entwickelte innovative Angebote, die auch dazu beitragen sollen, die starke Dominanz von einzelnen Großkonzernen bei Plattformen und digitalen Technologien abzuschwächen.

Durch einen stärkeren Rückgriff auf Akkreditierung und Zertifizierung zur Sicherstellung der Qualität „Made in Germany“ sollen Unternehmen bei der raschen Markt durchdringung von Innovationen unterstützt werden. Der Zugang zu internationalen Märkten wird durch den Abbau technischer Handelshemmnisse gefördert.

**ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit**


**Reallabore-Initiative**

Mit der Reallabore-Initiative unterstützen wir mittelständische Unternehmen dabei, ihre innovativen Geschäftsmodelle und Technologien in Deutschland zu erproben und umzusetzen. Dabei geht es unter anderem um den Einsatz von Experimentierklauseln, die in Gesetzen und Verordnungen für mehr Flexibilität für Innovationen sorgen.

IV. Mittelstand in den Regionen unterstützen

Wir haben das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen. Dazu benötigen wir einen starken, regional verwurzeltelten Mittelstand, der Einkommen und Arbeitsplätze vor Ort sichert und schafft.

Gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen


Bislang auf Ostdeutschland beschränkte Förderprogramme werden weitergeführt und bundesweit auf alle strukturschwachen Regionen ausgeweitet. Zudem erhalten bundesweit angebotene Programme zur Innovationsförderung, Digitalisierung, Fachkräfteeorentwicklung oder zum Ausbau der regionalen Infrastruktur besondere Förderbedingungen, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung der strukturschwachen Regionen gezielt unterstützt wird. Ostdeutschland profitiert daraus aufgrund seiner nahezu flächendeckenden Strukturschwäche weiterhin in besonderer Weise.

Breitband und Mobilfunk in der Fläche

Von einem raschen Ausbau leistungsfähiger Breitband- und Mobilfunkinfrastrukturen in der Fläche werden gerade auch strukturschwache Regionen profitieren.

Mit einer investitionsfreundlicheren Regulierung, einer auf Gigabitnetze fokussierten Förderung und einem breiten Maßnahmenbündel im Bereich des Mobilfunks (Versorgungsauflegen, Beschleunigung von Genehmigungsprozeduren, Bereitstellung von Mobilfunkstandorten, Fördermaßnahmen etc.) werden wir dafür Sorge tragen, dass Investitions-, Wachstums- und Innovationspotenziale der Digitalisierung für alle mittelständischen Unternehmen nutzbar gemacht werden können.

Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen

Mit dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen werden wir bis zu 14 Milliarden Euro für bedeutende Investitionen von Ländern und Gemeinden zur Verfügung stellen, um die Braunkohleregionen nachhaltig weiterzuentwickeln, einen erfolgreichen Strukturwandel zu vollziehen und wirtschaftlich starke Standorte mit wettbewerbsfähigen mittelständischen Unternehmen aufzubauen.

Der Bund wird darüber hinaus im Rahmen eigener Zuständigkeiten zusätzliche Maßnahmen (z. B. Infrastrukturausbau, Ansiedlung von Forschungseinrichtungen) für die Kohleregionen mit einem Volumen von bis

V. Neue Märkte im In- und Ausland erschließen

Wir unterstützen mittelständische Unternehmen dabei, neue Märkte im In- und Ausland zu erschließen. Die Stärke der deutschen Wirtschaft mit ihrer international herausragenden Industrie beruht auf dem Miteinander von erfolgreichen mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen in hocheffizienten, präzise getakteten globalen Wert schöpfungsketten.

**Industriestrategie in Deutschland und Europa**


Begleitend setzt sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Entwicklung einer umfassenden und langfristig angelegten europäischen Industriestrategie mit konkreten Maßnahmen ein.

**Gleiche Wettbewerbsbedingungen**

Um neue Märkte zu erschließen, ist der deutsche Mittelstand auf offene Märkte, regelbasierten Handel und ein „Level Playing Field“ angewiesen. Dafür tritt die Bundesregierung im Rahmen der Koordinierung der EU-Handelspolitik kontinuierlich auf allen Ebenen ein.

Wir setzen uns auf internationaler Ebene u. a. für einheitliche Finanzierungsstandards sowie für den Zugang europäischer Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen in Drittstaaten ein. In der EU haben wir eine Initiative zur grundlegenden Reform der OECD-Finanzierungsstandards mit initiiert und maßgeblich vorangetrieben. Wir setzen uns gemeinsam mit der EU für globale Regeln ein, um ein Level Playing Field für alle Exportnationen zu schaffen.

Wir unterstützen die EU in ihren Bestrebungen für die Reform der WTO, auch mit dem Ziel, sie für neue Themen (z. B. digitaler Handel) zukunftsfest aufzustellen. Die Bun-
desregierung setzt sich nachdrücklich dafür ein, in diesem Kontext auch die spezifische Situation von kleinen und mittleren Unternehmen stärker als bisher zu berücksichtigen.

Um ausländische Märkte transparenter und zugänglicher zu machen, bringen wir uns außerdem aktiv in die EU-Verhandlungen über ambitionierte Handels- und Investitionsabkommen mit strategisch wichtigen Partnern ein, zuletzt etwa mit Japan, Mercosur, Singapur und Vietnam. Die Bundesregierung setzt sich hier regelmäßig für ambitionierte Ergebnisse ein, die zu konkreten, substanziellen Vorteilen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen führen.

Wir haben uns auf EU-Ebene zum Ziel gesetzt, dass die tatsächliche Nutzung präferentieller Handelsabkommen durch kleine und mittlere Unternehmen verbessert wird und die Nutzungsrate durch den Mittelstand mittelfristig bei mindestens 85 Prozent liegt. Dazu werden wir die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene stärken, mit den anderen EU-Mitgliedstaaten Best-Practice-Beispiele erarbeiten und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch fördern.

Im Rahmen der EU-Marktzugangspartnerschaft werden wir die Europäische Kommission weiterhin darin unterstützen, Informationen über die Freihandelsabkommen in der KMU-Marktzugangsdatenbank zu verbessern, und praktische IT-Tools wie beispielsweise die sog. Rules of Origin-Plattform zur Verfügung stellen.

Außenwirtschaftsförderung


Wirtschaftsnetzwerke


VI. Staatssekretärsausschuss Mittelstand

Mittelstandspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die einen konzertierten Einsatz der gesamten Bundesregierung erfordert. Deshalb wollen wir einen „Staatssekretärsausschuss Mittelstand“ einrichten, der Vorhaben aller Ressorts auf ihre Mittelstandsverträglichkeit überprüft. Richtschnur für wirtschaftspolitische Entscheidungen innerhalb der Bundesregierung muss die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer mittelständischen Unternehmen sein.